

Was wurde aus der Parteilichkeit in der Sozialarbeit? Am Beispiel von Frauenprojekten

Österreichische Armutskonferenz
24. bis 25.2. 2015, Salzburg

Vortrag 24.2., 14.30h
Elisabeth Eckhart

Parteilichkeit und Frauenbewegung als Herkunftsszenario der Referentin – eine historische Bezugnahme

Projekte, wie jenes, in dem ich hauptberuflich tätig bin, haben sich in Österreich im Laufe der frühen 80er Jahre aus der so genannten 2. Frauenbewegung entwickelt. Am Anfang stand eine der wichtigsten politischen Bewegungen der zweiten Jahrhunderthälfte, welche sich auch aus den Anliegen der 68er heraus entwickelte und diese weiter führte.

Das bedeutete, dass in allen Analysen und politischen Forderungen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse auf allen Ebenen im Zentrum der Kritik standen.

Dies betraf das im persönlichen Leben der Frauen erlebte Patriarchat genauso, wie ein kritisches Verhältnis zu staatlicher (männlicher) Macht.

Der Ansatz der Parteilichkeit entwickelte sich fast wie von selbst aus der Tatsache, dass sich Frauen unter dem Aspekt der gemeinsamen Erfahrung zusammenschlossen und aus dem daraus entstandenen Wir-Gefühl eine starke politische Kraft entwickelten.

Parteilichkeit wurde also sehr stark auf der Ebene der Solidarität („gemeinsam sind wir stark“) entwickelt und vorangetrieben.

Parteilichkeit hatte auch etwas mit der eingenommen Haltung in der Herrschaftsfrage zu tun: wir Frauen sind parteilich für die Betroffenen dieser Herrschaftssysteme und daher auf der nicht-staatlichen Seite, auf der Seite der Opfer. Zudem hatte sich der Begriff der Parteilichkeit auch in Bildung und Forschung etabliert, indem die Trennung zwischen ForscherInnen und Be-Forschten im Sinn eines Ausbeutungsverhältnisses in Frage gestellt wurde.

Stark motiviert hat sich diese Haltung aus der gemeinsamen Erkenntnis eines Ausschlusses von Frauen aus Politik, Forschung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Antwort war jedoch diesmal eine andere als die der ersten Frauenbewegung, ging es damals um Teilhabe (Wahlrecht, Studienrecht...) ging es nun um eine Systemänderung („ wir wollen nicht die Hälfte des schimmligen Kuchens, wir wollen einen anderen“)

Dieses utopische Moment ist eine der wichtigsten Erklärungshintergründe für die Kraft und Wirksamkeit dieser Bewegung und wichtig für ein Verständnis für die Hintergründe der Entstehung und Etablierung von Frauenprojekten.

Denn dies war ein entscheidender Moment in der Entwicklung der Bewegung: die Entscheidung für die geleistete Arbeit für und mit Frauen, in sozialen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Belangen, Geld zu fordern und damit den Staat als Verantwortlichen und Auftraggeber ins Boot zu holen.

Damit ergaben sich naturgemäß Konflikte: der Übergang von der politischen Bewegung zur Projektbewegung war der Grundstein für alle Fragen und Probleme, mit denen wir uns heute beschäftigen.

Der Spagat, Geld von jenen zu nehmen, die man/frau kritisiert, bzw. als deren Gegenüber man/frau sich sah, war schwierig.

Aus den vielen damaligen Diskussionen lassen sich aus heutiger Sicht folgende Vorhaben ableiten, mit denen dieser Prozess der „Verberuflichung“ der Frauenbewegung einher gegangen ist:

1. Frauenprojektarbeit hat einen gesellschaftspolitischen Auftrag:
Ja wir machen diese gesellschaftlich notwendige Arbeit, wollen dafür auch halbwegs anständig bezahlt werden, sehen aber immer gleichzeitig auch den Auftrag, das was wir in unserer Arbeit sehen und erleben, öffentlich zu machen und daraus unsere politischen Forderungen zu entwickeln. Wir sind in diesem Sinn politisch parteilich für unsere Klientinnen und uns selbst.
2. Frauenprojekte haben eine Organisationskultur die ihren Vorstellungen von anders arbeiten, anders leben entspricht, und für die gesamte Gesellschaft gewünscht wird – sich daraus ergebende Organisationsformen waren gelebte Kritik an herrschenden Machtsystemen welche hierarchisch (patriarchal) und arbeitsteilig (Frauen/Männer) organisiert waren – daher galt für unsere Projektarbeit:
 - keine hierarchischen Strukturen, alle sind gleich (wichtig), alle können alles, alle sprechen überall mit.
 - die politische Haltung ist wichtiger, als die berufliche Qualifikation
 - Frauen teilen gemeinsame Erfahrungen mit dem patriarchalen System und sind daher füreinander da
 - die Parteilichkeit wird dann eindeutig und damit auch zum politischen Postulat, wenn es um die Konfrontationsfelder mit patriarchaler Macht geht (Gewalt, Sexualität...)
 - Die Arbeit in einem Frauenprojekt ist nicht nur ein Beruf, denn sie ist ohne politische Überzeugung und entsprechendem Engagement nicht denkbar
3. Frauenprojektarbeit ist eng verzahnt und verbunden mit wissenschaftlicher Frauenforschung, Theorie und Praxis sind in kontinuierlichem Austausch und befruchten und unterstützen einander

Die sich aus diesen Maximen entwickelnden Ansätze hießen: Parteilichkeit, Anonymität/Freiwilligkeit und Ganzheitlichkeit.

„Frauenberatung ist eine politisch motivierte Dienstleistung mit konkreter Hilfe für die Betroffenen und gleichzeitig der Verpflichtung zur Bezeugung, Öffentlichmachung und Vertretung von Frauenrechten in der Öffentlichkeit“

Jahre später/Zeitsprung:

Auch die noch bestehenden und etablierten Frauenprojekte sind in der neoliberalen Wirklichkeit angekommen die bedeutet:

- Rückzug des Staates aus der Kontrolle und Regulierung der sozialen Auswirkungen des Neoliberalismus
- Individualisierung der sozialen Probleme durch vermehrte disziplinierende und kontrollierende Konzepte („jede/r ist seines/ihres Glückes Schmied“ oder wie es eine Kollegin einmal formuliert hat: „survival for the fittest“)
- Ging es in den Projekten noch um einen Übergangsraum zwischen Staat und Betroffenen, wo Soziales , wie in einer Pufferzone, neu gestaltet werden konnte, sind im Zuge der Professionalisierungsprozesse Projekte heute zu Trägerorganisationen geworden die nach marktwirtschaftlichen Kriterien gemessen werden.
Kennzahlen, Ausschreibungsverfahren produzieren neue, andere Prioritäten, welche in Konflikt mit den selbstverordneten Ansätzen gerieten.
Anonymität, Freiwilligkeit und auch Parteilichkeit gerieten in Konflikt mit den Förderbestimmungen und -bedingungen der Geldgeber.
Waren Förderverhandlungen früher noch geprägt von Diskussionen der Konzepte geht es heute vor allem um das billigste Angebot und ausschließlich vom Geldgeber definierte Kennzahlen.
- Die einstmals tragende und den Kontext definierende politische Bewegung ist uns abhanden gekommen
- Feministische Forschung hat sich von der praktischen Arbeit abgekoppelt.
- Das berufliche Selbstverständnis der nächsten Generationen von Mitarbeiterinnen ist nur mehr selten geprägt von einer politischen Überzeugung oder dem unbedingten Willen zu Veränderung des Bestehenden.

Diese Entwicklungen haben das berufliche Selbstverständnis maßgeblich beeinflusst und geprägt, sie sind sozusagen im Inneren angekommen, ohne dass frau das so recht bemerkt hätte.

Möglicherweise haben auch eigene Interessen nach Anerkennung und Wertschätzung im Außen (weil wir es uns gegenseitig nicht mehr geben konnten?) diese Entwicklung forciert.

Kritische Selbstreflexion innerhalb der Frauenprojekte: eine Innenschau auf die Parteilichkeit- oder die Verführung durch Professionalisierung und Status

Nachdem die Arbeitslosigkeit und damit verbundene Ängste auch den gebildeten Mittelstand erreicht hat, sind auch Frauenprojekte attraktive Arbeitsplätzen geworden.

Der eigene (unsichere)Status wird jedoch eher zur Abgrenzung als zur Solidarisierung mit den arbeitslosen Menschen die unsere Institutionen aufsuchen verwendet.

Die Positionierung sozialer Arbeit am freien Markt bedeutet mittlerweile eine beinharte, meist preisbestimmte Konkurrenz mit anderen Trägern auch mit anderen Fraueneinrichtungen, und damit ein Ende des parteiisch/solidarischen Agierens

Der ehemalige Anspruch einer kritischen Öffentlichkeitsarbeit, zum Zweck der Bewusstseins Arbeit ist einer Hochglanzbroschüren- unterstützten PR Strategie gewichen

Hierarchisierungsprozesse haben oft zur Folge, dass interne Reflexionsprozesse auf der Strecke bleiben

Strukturen haben sich in einer Weise verselbstständigt und führen ein scheinbares Eigenleben – weg vom Anspruch der gesellschaftlichen Veränderung hin zu Prestige und Aufrechterhaltung der eigenen Organisation und der eigenen Arbeitsplätze

„Was bleibt, sind reibungs- los funktionierende Minisozialbetriebe die die Parteilichkeit zugunsten einer Abgrenzung zu anderen Projekten aber auch zum Klientel scheinbar aufgegeben haben

Grund genug, inne zu halten und die eigene Haltung und Position kritisch zu hinterfragen, nicht zuletzt um scheinbar verloren gegangene Handlungsspielräume wieder zu finden und einzufordern.

Dafür braucht es Verbündete und einen interdisziplinären Zugang.

Entwicklung der sozialen Arbeit in Zeiten von Neoliberalismus und Krise

Im Jahr 2007 kam es zur Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit der sozialen Arbeit ¹

Die Ausgangslage:

Staatliche Einsparungen und die Ökonomisierung des Sozialen stellen Organisationen und ihre MitarbeiterInnen täglich vor die Aufgabe, die besondere Qualität ihrer Tätigkeit unter Beweis zu stellen.

Die aktuelle Debatte um Strukturveränderungen des Sozialbereichs, die durch neue Anforderungen wie Vergabeverfahren, Qualitätsmanagement oder Standardisierung und Messbarmachung von Sozialer Arbeit gekennzeichnet ist, stellt eine Herausforderung für uns soziale Akteurinnen dar.

„Die Auseinandersetzung rund um das Qualitätsthema in der Sozialen Arbeit hat uns dazu veranlasst, die Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund ökonomisierter Modernisierungsvorgänge zu reflektieren.“

Die Analyse formulierten die VerfasserInnen als 6 Kritikpunkte aus denen 6 Forderungen abgeleitet wurden – diese möchte ich im Folgenden gekürzt darstellen:

1. Kritikpunkt:

Der Verlust professioneller Selbststeuerung sozialer Arbeit durch ökonomische Fremdbestimmung

Wenn es das kostengünstigste also wettbewerbsfähigste Angebot ist, welches auf staatliche Förderung hoffen darf, dann scheint permanente Effizienzsteigerung

¹ Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der sozialen Arbeit vom 4.6.2007. Josef Bakic, Marc Diebäcker und Elisabeth Hammer. www.sozialarbeit.at

als Notwendigkeit, weil nur damit der ökonomisch belegbare Nachweis von Nützlichkeit zu erbringen ist.

Dies wiederum führt innerhalb der Organisationen zur Unterordnung fachlicher Kriterien unter betriebswirtschaftliche Zielsetzungen – was einem Verlust professioneller Selbststeuerung gleich kommt.

Erst wenn das fachlich- Sinnvolle bestimmt ist, soll über dessen bestmögliche Realisierung verhandelt werden. Ökonomische Rationalitäten müssen immer Gegenstand einer nach geordneten politischen Aushandlung sein.

Forderung:

Vorrang für inhaltliche-fachliche Ansprüche vor ökonomischen Realitäten.

2. Kritikpunkt:

Durch eine Beschränkung auf Messbarkeit und Standardisierung kommt es zu einem Verlust der Qualitäten sozialer Arbeit

Soziale Arbeit, zunehmend durch Finanzierer ökonomisch gesteuert muss ihre Legitimation durch Kennzahlen, Zieldefinitionen -erreichungen -überprüfungen darstellen, die Folgen daraus: es wird zunehmend bürokratischer, formalisierter und standardisierter, die ursprüngliche multiperspektivische und situativ kompetente Qualität geht verloren.

Beauftragung und Auswertung von sozialer Arbeit muss wieder ihr qualitatives Verständnis als Bewertungsgrundlage haben

Dafür sind unabhängige Forschung und Fortbildung als Unterstützung notwendig

Daher die Forderung:

Es braucht ein qualitatives Verständnis von sozialer Arbeit als Grundlage ihrer sozialen Bewertung

4. Kritikpunkt:

KlientInnenausschluss durch Ressourcenknappheit

Durch die finanziell bedingten Einschränkungen sozialarbeiterischer Unterstützungsmöglichkeiten, verändert sich die Ausrichtung der Arbeit:

Jene die nicht ins Auftrags bzw. Quotenerfüllungsschema passen landen leicht im unbetreuten Abseits.

Diese Auswirkungen müssen dargestellt und öffentlich gemacht werden.

Es sind Auswirkungen einer bestimmten Sozialpolitik und dafür gibt es Verantwortliche

Forderung:

Soziale Arbeit als solidarische Leistung für alle Menschen in Krisen- und Problemsituationen

4. Kritikpunkt:

Defizitorientierte Spezialisierung durch Konkurrenz- und Kostendruck

Angebote müssen im Konkurrenzverfahren spezialisierter werden, maßgeschneiderte Projekte für spezielle Problemlagen und damit eng definierte

KlientInnengruppen – damit Erzeugung einer stigmatisierenden Konstruktion von Zielgruppen.

Um dem zu entgehen braucht es:

Rahmenbedingungen für Kooperation und fachlichen Austausch über Organisationsgrenzen hinweg, und die Sicherung eines generalistischen Fachverständnisses den die soziale Arbeit entwickelt hat.

Forderung

Sicherung eines kritisch-emanzipativen und generalistischen Verständnisses von sozialarbeiterischer Fachlichkeit durch Kooperation und Austausch

5. Kritikpunkt

Die gegenwärtige Dominanz von Verwaltungshandeln in der sozialen Arbeit führt zum Verlust von fachlichen Möglichkeiten

Das für die Sozialarbeit typische doppelte Mandat führt derzeit nicht nur zu einer Verschiebung hin zu Kontrollaspekten, sondern auch bei hohem Effizienzdruck, zu einer Auflösung im alleinigen Verwaltungshandeln.

Forderung:

Es braucht reflexive Fachlichkeit als Schutz vor einseitiger Instrumentierung

Das heißt, wir müssen unsere Rolle im derzeitigen gesellschaftlichen Kontext (Individualisierung, Disziplinierung und Kontrolle) kritisch überprüfen und reflektieren.-

Die Widersprüche im Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlichen bzw. staatlichen Interessen und individuellen Bedürfnissen können wir weder abschaffen, noch auflösen, wohl aber bearbeiten und uns der Ambivalenz bewusst sein.

6. Kritikpunkt

Die Entpolitisierung in der sozialen Arbeit bewirkt einen Verlust öffentlicher Kritik- und Vermittlungsfunktion

Faktoren die kollektives - politisches Handeln unterbinden sind dabei:

- Enge zeitliche Grenzen
- Organisationsinterne Hierarchien und die Zentralisierung von strategischen Aufgaben
- Wachsende Abhängigkeiten gegenüber Geldgebern und unübersichtliche Finanzierungsstrukturen

Soziale Arbeit muss ihre Rolle als Seismographin des Sozialen wahrnehmen können und dafür braucht es eine fachlich begründete Autonomie über den Einsatz von Ressourcen sowie übergreifende Vertretungsstrukturen wie Plattformen und Dachverbände

Forderung

Rahmenbedingungen und Ressourcen für die öffentliche Vermittlung von sozialen Problemlagen.